

Amtsgericht München

München, 30.08.2011

158 C 12102/11

## Verfügung

Rechtsstreit

█ wg. Forderung

1. Termin zur Güteverhandlung und für den Fall des Nichterscheinens einer Partei oder Erfolglosigkeit der Güteverhandlung unmittelbar anschließender Haupttermin wird bestimmt auf

Wochentag und Datum	Uhrzeit	Zimmer/Etage/Gebäude
█	█	█ █

### Belehrungen

Schriftliche Erklärungen entbinden Sie nicht von der Pflicht zum Erscheinen im Termin. Wenn Sie nicht erscheinen und auch keinen mit schriftlicher Vollmacht versehenen volljährigen Familienangehörigen oder einen anderen nach § 79 Abs. 2 ZPO zugelassenen Bevollmächtigten zum Termin entsenden, kann dies zum Verlust des Prozesses führen. Gegen die nicht erschienene Partei kann auf Antrag des Gegners ein Versäumnisurteil erlassen oder eine Entscheidung nach Aktenlage getroffen werden (§§ 330 bis 331a, 251a ZPO); in diesem Fall hat die säumige Partei auch die Gerichtskosten und die notwendigen Kosten der Gegenseite zu tragen (§ 91 ZPO). Dies gilt auch dann, wenn schriftliche Einwendungen gegen den geltend gemachten Anspruch erhoben werden. Diese Einwendungen kann das Gericht nur berücksichtigen, wenn sie im Termin vorgetragen werden. Aus dem Versäumnisurteil oder dem Urteil nach Lage der Akten kann der Gegner der säumigen Partei gegen diese die Zwangsvollstreckung betreiben (§ 708 Nr. 2 ZPO).

Wird in dem vorstehend bezeichneten Verhandlungstermin ein neuer Termin verkündet, so werden Sie zu dem neuen Termin nicht mehr gesondert geladen. Sie müssen dann auch ohne Ladung erscheinen.

Eine Vertretung durch einen Rechtsanwalt ist nicht vorgeschrieben.

2. Gemäß §§ 273, 278 ZPO wird angeordnet:

- 2.1. Das persönliche Erscheinen folgender Partei:

Beklagter █

Die Anordnung des persönlichen Erscheinens erfolgt zur Aufklärung des Sachverhalts (§ 141 Abs. 1 ZPO) und für einen Güteversuch (§ 278 Abs. 3 ZPO). Das Gericht wird bei Nichterscheinen einer Partei regelmäßig sofort in die mündliche Verhandlung eintreten (§ 279 Abs. 1 S. 1 ZPO) und bei Nichterscheinen beider Parteien bzw. deren Prozessbevollmächtigten das Ruhen des Verfahrens anordnen (§ 278 Abs. 4 ZPO).

- 2.2. Die beklagte Partei kann zum Schriftsatz der Klagepartei vom █ Stellung nehmen innerhalb von zwei Wochen.

3. Hinweis gemäß § 139 ZPO:

Der Beklagte möge zu dem von ihm bestrittenen Angebot der streitgegenständlichen Hörbücher unter den von der Klägerin genannten IP-Adressen sowie zu der ebenfalls beanstandeten Zuordnung der IP-Adressen zu seinem Internetanschluss weiter vortragen.

Soweit der Beklagte bestreitet, dass die zu ihm führenden Auskünfte seines Telekommunikationsdiensteanbieters tatsächlich von diesem stammen fehlt weiterer Vortrag, von wo die Auskünfte nach Ansicht des Beklagten stammen sollen.

Anhaltspunkte für eine rechtsmissbräuchliche Abmahnung vermag das Gericht nicht zu erkennen.

gez.

██████████

Richter am Amtsgericht



Für die Richtigkeit der Abschrift (Ablichtung)

München, 31.08.2011

██████████  
██████████

Urkundsbeamter der Geschäftsstelle